



BürgerInnen-haushalt anstatt Kaputtsparen
Ein alternativer Haushaltsentwurf

Seite 2



DIE LINKE im Landtag

Eine erste Bilanz von Özlem Alev Demirel (MdL)

Seite 7



Widerstand – Hand in Hand

92 Stunden Castorprotest im Wendland 2010

Seite 8



Arbeit & Soziales – das kommt 2011

Eine Liste der Änderungen

Seite 8

01/11 KNALLROT

DIE LINKE. Dortmund – Januar 2011 – Nr. 7

Rettet der Flughafen unsere Arbeitsplätze?

Im November 2010 ging es im Dortmunder Stadtrat um die Verlängerung der Flugzeiten am Flughafen Dortmund. Damals warf die SPD der Linken die Gefährdung tausender Arbeitsplätze in der Region vor.

Was bringt uns das Jahr 2011?



KNALLROT

Dr. med. Christian Tödt, Kreissprecher DIE LINKE. Dortmund



Millionengrab Dortmunder Flughafen

Bei 40 Tsd. Arbeitslosen in Dortmund wiegt der Vorwurf, Arbeitsplätze zu gefährden, schwer. Und auf den ersten Blick scheint die beliebte Sprechblase von Politikern vollauf berechtigt: „Jeder vernichtete Arbeitsplatz ist einer zuviel. Deshalb kämpfen wir um je-

den Arbeitsplatz.“ Wirklich? Tun sie das, die Flughafen-Seilschaften? Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass sie die Beschäftigten des Flughafens und diverser Dienstleister drum herum nicht nur gegen die 40 Tsd. Arbeitslosen, sondern auch gegen

alle anderen 200 Tsd. Beschäftigten in Dortmund ausspielen und aufhetzen.

Die Arbeitsverwaltung hat im Jahr etwa 70 Mio. Euro für die Wiedereingliederung von 40 Tsd. Arbeitslosen zur Verfügung. Die Stadt Dortmund hat nach Einführung von Hartz IV (2005) ihre eigene Beschäftigungsförderung auf null herunter gefahren, in ihren Ämtern und Eigenbetrieben baut die Stadt Jahr für Jahr mehrere hundert Stellen ab. Angeblich aus Geldmangel – aber für den Flughafen haben die Stadtwerke (100-prozentige Tochter der Stadt) jährlich mehr als 20 Millionen Euro Verlustausgleich übrig. Das alles mit den Stimmen der Sozialdemokratie im Stadtrat.

Seit 2004 (Einstieg in die Billigfliegerei ab Dortmund) haben die Stadtwerke den Flughafen insgesamt mit über 200 Mio. Euro subventioniert. Jeder einzelne Arbeitsplatz der Flughafengesellschaft wurde also mit 700 Tsd. Euro gestützt. Kein anderes Dortmunder Unternehmen hat auch nur annähernd so viele öffentliche Subventionen erhalten, ganz gleich wie existenzgefährdet es war und ist. Die Unternehmensinsolvenzen stiegen im ersten Halbjahr 2010 auf ein neues Rekordhoch. Dabei gingen in Dortmund über 1.000 Arbeitsplätze verloren, beinahe viermal so viele wie die Flughafengesellschaft beschäftigt... Nächste Seite

„SPD und Grüne werden weiter links blinken und rechts abbiegen. CDU und FDP werden weiter den arbeitenden Menschen das Geld aus den Taschen ziehen um es den Bankstern in den Rachen zu stopfen. DIE LINKE wird in Rheinland Pfalz in den Landtag einziehen. Die Arbeitgeber werden auch in diesem Jahr tausend Gründe finden, warum wir keine Lohn-erhöhung bekommen sollen. Die Hartz IV Sätze werden um 5 Euro erhöht! Bringt das die Menschen aus ihrer Not?

In Dortmund: Kein Schwimmbad, keine Jugendheime, keine Bücherei sind jetzt noch sicher. Und den Flugplatz müssen wir weiter mit 30 Euro pro verkauftem Ticket unterstützen. In Afghanistan werden die Menschen weiter sterben. 80 Prozent der Deutschen sind gegen den Krieg. Alle Parlamentarier außer den Linken sind dafür.“

KNALLROT

Herausgegeben von **DIE LINKE. Dortmund**

Schwanenstr. 30, 44135 Dortmund
Web: www.knallrot-online.de
Email: info@knallrot-online.de

Telefon: 0231 – 222 111 6
Leserbriefe: leserbriefe@knallrot-online.de
Anzeigen: anzeigen@knallrot-online.de

Inhalt

KNALLROT Januar 2011
DIE LINKE. Dortmund

Seite 1:
Rettet der Flughafen unsere Arbeitsplätze?
Was bringt uns das Jahr 2011?

Seite 2:
Rettet der Flughafen... (Forts.)
BürgerInnenhaushalt anstatt Kaputtsparen

Seite 7:
DIE LINKE im Landtag - Eine erste Bilanz
Pfefferspray: „Nur gegen Hunde und Dämonstranten“?

Seite 8:
Widerstand – Hand in Hand
Arbeit & Soziales - das kommt 2011

KNALLROT Januar 2011
Fraktion **DIE LINKE.** im Rat Dortmund

Seite 3:
Haushalt mit sozialer Schiefelage

Seite 4:
Alptraum Sondermüll: Der Tiefschlaf der Behörden im Fall Envio

Seite 5:
Nordstadtkonzept mit linker Hilfe aufgewertet
DIE LINKE unterstützt die Kritik des Brackeler Bezirksbürgermeisters (SPD) an seiner Fraktion

Seite 6:
Linke Wohnungspolitik gegen Privatisierung

...Die gesamte städtische Wirtschaftsförderung verfügt über ein Jahresbudget von 11,5 Mio Euro zur Unterstützung aller Dortmunder Wirtschaftsbetriebe. Mal abgesehen davon, dass die Hälfte dieser 11,5 Mio. nach Meinung der Linken sinnlos verpulvert wird: Ein einziges Unternehmen aber, der Flughafen, erhält allein doppelt soviel an Hilfen wie 50 Tsd. Firmen zusammen. Ist das gerecht? Ist das auch nur volkswirtschaftlich vertretbar?



Diese einmaligen Privilegien des Flughafens bezahlt die ganze Dortmunder Bevölkerung. Das heißt, in erster Linie alle übrigen Arbeitnehmer in Dortmund. Und sogar die 40 Tsd. Arbeitslosen müssen Jahr für Jahr durchschnittlich 75 Euro pro Kopf abgeben – damit die Beschäftigten am Flughafen weiter ihre Dumpinglöhne erhalten können. Ist das gerecht und solidarisch?

Liegt es überhaupt im Interesse der Beschäftigten, wirklich jeden Arbeitsplatz zu erhalten? Egal wie teuer ihn die Allgemeinheit bezahlen muss (wohlgemerkt, die Allgemeinheit, nicht die Unternehmer und Manager!), egal wie umweltschädlich der Betrieb ist, egal wie unverträglich die Arbeitsbedingungen? Neulich fragte ein Kollege: „Führen wir dann auch die Todesstrafe wieder ein, um Arbeitsplätze für Henker zu sichern?“

Die besonders hohen Klimaschäden des Flugverkehrs haben sich allmählich herumgesprochen. Daran ändert auch die verdummende Reklame vom „Ökoflughafen Dortmund“ nichts. Weniger bekannt ist, dass die meisten Firmen am Flughafen ausgesprochen niedrige Löhne zahlen und miese Ar-

beitsbedingungen bieten. So hatte die städtische Tochter „Flughafen Dortmund GmbH“ schon 2005 eine Servicegesellschaft ausgegründet eigens zu dem Zweck, den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zu unterlaufen – übrigens mit dem Segen der Sozialdemokratie im Stadtrat, gegen die Stimmen der Linken. Sind auch solche Lohndrücker-Arbeitsplätze es wert, verteidigt zu werden?

Wir meinen, nicht nur alle Dortmunder Arbeitenden und Arbeitsuchenden, sondern sogar die Flughafen-Beschäftigten selbst hätten mehr davon, wenn die Stadt die Subventionsruine Flughafen endlich zurück baut, die Immobilie gewinnbringend umnutzt und die jährlich mehr als 20 Mio. Euro Verlustausgleich für sinnvolle, reguläre, existenzsichernde, sozialverträgliche Ersatzarbeitsplätze ausgibt. Vorschläge dazu liegen seit Jahren auf dem Tisch. Kein einziger Beschäftigter des Flughafens würde dabei ins Bergfreie fallen. Verhindert werden sie von der Wirtschaftslobby, die die Billigfliegerei als Wettbewerbsvorteil nutzt und ihre Kostensenkung von der Allgemeinheit bezahlen lässt.

(ws)

BürgerInnenhaushalt anstatt Kaputtsparen

Den Dortmunder Sparbeschlüssen einen alternativen Haushalt entgegensetzen.

BürgerInnenhaushalt? Ja, denn es sind hauptsächlich Frauen, die am meisten unter den neuen Sparplänen leiden. Streichung des Elterngeldes bei Hartz IV ist ein Beispiel und im Kommunalen Haushaltsplan geht es munter weiter: Privatisierungen von Kitas, Schließungen von Schulen, Stellenabbau. In 2011 werden die Hilfen zur Erziehung in der Jugendhilfe um 200Tsd Euro gekürzt. Die Verpflegungsbeiträge für Kitakinder werden von 51 Euro auf 55 Euro im Monat erhöht und die Erstattungsregelung bei Betriebsschließungen und Fehlzeiten wurde aufgehoben.

Deshalb hat sich ein „BÜNDNIS GEGEN SPARSCHWEINEREIEN“ gegründet aus Privatpersonen, Vertretern einiger Vereine und Verbände, wie z.B. Sozialforum, Kinderschutzbund Dortmund, Arbeitslosenzentrum und einzelnen Mitgliedern der LINKEN. Als erstes wurden Aktionen unter dem Motto: „Hände weg von den Jugendfreizeitstätten“ beim Hoeschparkfest und Big Tipi gegen Privatisierungen, Stellenabbau und Einschränkungen bei den Öffnungszeiten durchgeführt.

Finanzierungsalternativen der LINKEN im Rat (Anhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B) sind abgelehnt worden. So bleibt für die Dortmunder Bevölkerung nur ein Ausweg, um weitere geplante Verschlechterungen der Lebensbedingungen zu verhindern: Ein BürgerInnen – Haushalt für 2011 muss entwickelt werden. Die Linke Ratsfraktion wird dies im Rat einbringen.

Ein Bürgerhaushalt ist zuerst von der Arbeiterpartei PT im brasilianischen Porto Alegre erfolgreich in die Tat

umgesetzt worden. Mittlerweile gibt es auch in Deutschland solche Beteiligungsmodelle. Einige laufen Gefahr, zu reinen Partizipationsmodellen zu verkommen, bei denen ausgesuchte Bürger als Alibifunktion Bedenken äußern dürfen und sich schließlich den neoliberalen angeblichen „Sachzwängen“ zu unterwerfen. Damit ein wirklich alternativer Haushaltsplan auf Grundlage der Bedürfnisse der Bevölkerung aufgestellt wird, will sich DIE LINKE für einen Bürgerentscheid einsetzen.

(sw)



Demonstration in Essen „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 20.03.2010

Impressum

KNALLROT
DIE LINKE. Dortmund

Herausgegeben von **DIE LINKE.** Dortmund
Schwanenstr. 30,
44135 Dortmund,
Tel. 0231 – 222 111 6

Auflage
20.000 Exemplare

V.i.S.d.P.
Christian Seyda,
Schwanenstr. 30,
44135 Dortmund,
Tel. 0231 – 222 111 6



Alptraum Sondermüll

Der Tiefschlaf der Behörden im Fall Envio

Seite 4



Nordstadtkonzept mit linker Hilfe aufgewertet

Neues Konzept für die Nordstadt

Seite 5



Linke Wohnungspolitik gegen Privatisierung

Gezielte Rekommunalisierung

Seite 6



Privatisierung von Wohneigentum Ein Faktencheck

Seite 6

01/11 KNALLROT

Fraktion DIE LINKE. im Rat Dortmund – Januar 2011 – Nr. 7

Haushalt mit sozialer Schieflage

Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 klafft eine Lücke von fast 174 Mio Euro. Während aber die Wirtschaftsförderung und die Leuchtturmprojekte der Stadt ungeschoren davon kommen, wird beim Service und bei sozialen Leistungen für die Bürger erneut radikal gespart.

Besonders bitter stößt den Linken auf, dass die Mittagsverpflegung in den städtischen Kitas immer mehr durch Catering durchgeführt werden soll. In den verbleibenden Wirtschaftsküchen sollen zudem künftig etliche zu Bürgerarbeit gezwungene Langzeitarbeitslose ihren Dienst verrichten. „Die ARGE behauptet eine Zusätzlichkeit. Wie zusätzlich solche Jobs sind, hat der Bundesrechnungshof erst kürzlich am Beispiel der Ein-Euro-Jobs kritisiert. In den Wirtschaftsküchen sollten Hauswirtschaftlerinnen arbeiten und auch so bezahlt werden“, meint Nursel Konak, Ratsfrau der Linken im FABIDO-Betriebssausschuss.

Weitere Dauerkritikpunkte sind das bis zur Unkenntlichkeit verunstaltete Sozialticket für Bedürftige. Nur sieben Euro günstiger als ein reguläres Ticket und erst ab 9 Uhr nutzbar - das Sozialticket hat seinen Sinn verloren. Die Privatisierung der städtischen Hallenbäder sorgt dafür, dass dort der Dortmund-Pass keine Gültigkeit mehr hat. Somit würden einkommensschwache Haushalte von der Benutzung ausgeschlossen. „Dortmund hat inzwischen mehr als 90.000 Menschen, die von Leistungen nach Hartz IV oder von Sozialhilfe leben müssen. Die haben in den Haushaltsplanungen der Stadtspitze aber nur eine untergeordnete Bedeutung als reiner Kostenfaktor“,



Für einige Projekte ist genug Geld übrig...

analysiert Wolf Stammnitz, Sprecher der Linken im Finanzausschuss.

Gerade der Jugendbereich ist stark unter Druck geraten bei den Schwächsten zu sparen. „Dabei sind viele Leistungen, die in Frage stehen, Pflichtaufgaben der Kommunen. Dazu zählt auch die Jugendarbeit“, so Nursel Konak zu Privatisierungsideen bei den 40 Jugendfreizeitstätten. Daneben befürchtet DIE LINKE, genau wie Gewerkschaften und Jugendring, die Entlassung dort Beschäftigter.

Demgegenüber schießt die Stadt Dortmund nicht, wie ursprünglich

geplant, nur 6 Mio. Euro zum Umbau des U-Turms dazu, sondern die Subventionen sind inzwischen auf 22,5 Mio. Euro (Stand: November 2010) explodiert. Das gleiche Schicksal ereilt ein weiteres Renommierprojekt, den Phoenix-See in Dortmund Hörde, wo Gutachter Mehrkosten von bis zu 48 Mio. Euro prognostizieren, an denen sich die Stadt Dortmund auch beteiligen wird müssen.

Mit dem Antragspaket der Linken soll daher an einigen wenigen Stellen der falsche Sparkurs auf dem Rücken der Bürger beispielhaft korrigiert werden. (ws)

Antragspaket von der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat

Die wichtigsten Anträge, die vor allem durch eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 490 Punkte gegenfinanziert werden sollen, sind:

1. Das Projekt „Soziale Stadt“ soll mit mehr Mitteln ausgestattet werden.
2. Die Stadt Dortmund soll auf Bürgerarbeiter entweder verzichten oder die Einkommensdifferenz der Betroffenen auf ihr früheres Gehalt aufstocken.
3. Ein-Euro-Jobs sollen ganz abgeschafft werden. Denn Menschen in Ein-Euro-Jobs bleiben länger in Hartz IV als andere Langzeitarbeitslose.
4. Die Kürzung der investiven Mittel für Bezirksvertretungen um 25 Prozent soll unterlassen werden. Bezirksvertretungen verwenden den Großteil ihres Budgets dazu, die Schulstandorte in ihren Bezirken arbeitsfähig zu halten.
5. Bei ServiceDo am Klinikum soll erstmals nach fünf Jahren wieder regulär für alle Beschäftigten ein Weihnachtsgeld gezahlt werden.
6. Die sich an der Leistungsgrenze befindlichen Schuldnerberatungen sollen ihre Mittel auf 300.000 Euro aufgestockt bekommen.

KNALLROT

Herausgegeben von DIE LINKE. im Rat Dortmund

Friedensplatz 1, 44135 Dortmund
Web: www.dielinke-dortmund.de/fraktion/
Email: fraktion@dielinke-dortmund.de

Telefon: 0231 - 5 02 72 40
Leserbriefe: leserbriefe@knallrot-online.de
Anzeigen: anzeigen@knallrot-online.de

Envio - Chronik des Umweltskandals

2006 - Das Landesumweltamt stellt in Hafennähe hohe PCB-Belastungen fest.

2008 - In der Kleingartenanlage am Hafen finden sich ebenfalls erhöhte PCB-Werte.

11.09.2008 - Nach einem anonymen Hinweis auf Unregelmäßigkeiten bei Envio informiert das Dortmunder Umweltamt die Bezirksregierung Arnsberg.

22.09.2008 - Nach einer, angemeldeten Betriebsbesichtigung durch die Bezirksregierung darf der Betrieb weiter laufen - obwohl wesentliche Teile der Anlage nicht genehmigt sind.

06.05.2010 - Bei einer weiteren Kontrolle wird der Betrieb teilstillgelegt.

20.05.2010 - Envio wird aufgrund PCB-verseuchter Proben geschlossen und die Staatsanwaltschaft ermittelt.

26.06.2010 - Untersuchungen ergeben, dass Envio Mitarbeiter bis zu 25.000-fach erhöhte PCB-Werte im Blut haben.

28.06.2010 - Die Bezirksregierung Arnsberg erstattet Strafanzeige gegen Envio.

26.10.2010 - Die Muttergesellschaft „Envio“ meldet für zwei Tochterfirmen Insolvenz an.

30.11.2010 - Auf der Hauptversammlung verschiebt Envio Kapital nach Hamburg um vermutlich Schadensersatzansprüchen zu entgehen.

01.12.2010 - Die Bezirksregierung gibt bekannt, dass die Sanierung länger als geplant dauern und mehrere Mio. Euro kosten wird.

Alptraum Sondermüll: Der Tiefschlaf der Behörden im Fall Envio

Die Dortmunder Entsorgungsfirma Envio hat ihre Arbeiter mit Chemikalien verseucht. Den hoch belasteten Beschäftigten drohen neben Krebs jetzt auch Leberschäden sowie Erkrankungen des Immun-, Nerven- und Hormonsystems. Allein die Geländesanierung könnte bis zu 7 Mio. Euro kosten.

Zuerst waren es Grünkohlproben in den Kleingartenanlagen des Hafengebietes, die auffällig waren. Inzwischen ist klar: Es sind Menschen mit den krebserregenden PCBs, Dioxinen und Furanen vergiftet worden. Und es ist auch klar: Das alles wäre in diesem Ausmaß leicht zu verhindern gewesen, wenn die Behörden ihre Arbeit gemacht hätten. Klar ist auch: Die Firmenleitung der Envio AG und ihre Helfershelfer sind als hochgradig kriminell einzustufen.

Kollektives Wegsehen

2006/2007 wusste man bereits, dass es ein PCB-Leck am Hafen gibt. 2008 kamen aus der Belegschaft von Envio konkrete Hinweise an das Dortmunder Umweltamt, dass die Betriebsabläufe beim PCB-Entsorger Envio zu Freisetzungen von PCB und zu Gesundheitsgefährdungen der Mitarbeitenden führen. Das Umweltamt hat daraufhin die zuständige Bezirksregierung in Arnsberg informiert. Ebenfalls 2008 hat der Stadtrat auf Vorschlag der Verwaltung Envio ein Erbpachtrecht an dem genutzten städtischen Grundstück zugestanden. Die Linken im Rat haben als einzige Fraktion nicht zugestimmt. Selbst als DIE LINKE im November 2009 die Anfrage stellte, ob Envio als mögliche PCB-Quelle untersucht würde und die Antwort des Umweltamtes lautete, dass man Envio als möglichen Verursacher vermute, entblödete sich die Wirtschaftsförderung nicht, der Giftfirma einen Monat später ein Umweltzertifikat zu verleihen. Inzwischen ist zumindest dieses für Envio werbewirksames Vorgehen aufgrund der öffentlichen Kritik der LINKEN korrigiert worden.

Vertuschen und Verschweigen hat ein Eingreifen verzögert

Die Bezirksregierung war also bereits 2008 über die Zustände bei Envio informiert. In der Öffentlichkeit gab man sich weiterhin unwissend. Eine Kontrolle der Behörde in der Giftfirma ergab 2008, dass dort Anlagen ohne Betriebsgenehmigungen betrieben wurden. Doch anstatt zu diesem

Zeitpunkt einzugreifen, sprach die Bezirksregierung nachträgliche Betriebsgenehmigungen für die fraglichen Anlagenteile aus. Erst 2010 rückten erneut Kontrolleure aus und fanden bei einfachen Kehrproben auf dem Gelände massiv erhöhte PCB-Werte. Endlich wurde nun der Spuk beendet und Envio stillgelegt. Das war aber mehrere Jahre zu spät, in denen die Mitarbeitenden ungeschützt den gefährlichen Stoffen ausgesetzt waren. Der linke Umweltpolitiker Utz Kowalewski hat daher Strafanzeige gegen die Bezirksregierung Arnsberg gestellt, weil er hier einen Anfangsverdacht zur Beihilfe sieht.

mülls, wie der Vertreter der Bezirksregierung auf Nachfrage der LINKEN im Umweltausschuss eingestehen musste. Wo der Rest ist? Niemand weiß es und bis zur Aufdeckung des Skandals hat es bei den Behörden auch niemanden interessiert.

Parallel dazu hatte Envio Schützenhilfe aus dem Bundesarbeitsministerium unter Ursula von der Leyen (CDU) bekommen. Dessen Mitarbeiter Prof. Bender hat versucht, mit einer fragwürdigen Expertise die gewaltigen PCB-Blutwerte der betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter als normal darzustellen. Auf Anfrage der LINKEN



Giftwolken über Envio

Der Fall Kasachstan

Beispielhaft für das Versagen der Behörden ist der Fall Kasachstan. Zunächst vermittelte eine Delegation unter dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Glos (CSU) zwischen Envio in Dortmund und dem kasachischen Umweltministerium. Ganz sauber ging es dabei allerdings nicht zu, denn der kasachische Umweltminister sitzt inzwischen wegen dieses Geschäftes im Zuchthaus. Die Bezirksregierung Arnsberg genehmigte die Giftimporte nach Dortmund mit zwei Teilgenehmigungen 2007 und 2008. Die Kasachen schickten daraufhin rund 400 Tonnen PCB-haltige Kondensatoren aus alten Raketenbasen nach Dortmund. Angekommen ist hier aber offenbar nur die Hälfte dieses Sonder-

haben sich die Fachkräfte der zuständigen Landesinstitute diese Studie näher angesehen und stellten fest, dass es sich um „keine sachliche Diskussionsgrundlage“ handeln würde. Somit ist klar, dass hier ein Lobbyist bei der Bundesregierung, der im Hauptberuf für den PCB-Entsorger BASF in Ludwigshafen arbeitet, seinen Dortmunder Kollegen im Giftgeschäft Schützenhilfe leisten wollte. Angesichts der Ereignisse ist zu befürchten, dass sich Envio andernorts neu aufbauen möchte. Dass sie aus dem Dortmunder Skandal lernen und ihr Geschäft künftig menschlicher oder zumindestens an den Gesetzen orientiert betreiben, ist kaum zu erwarten. Zu erwarten ist allerdings, dass sie erneut Schützenhilfe durch Politik und Behörden bekommen könnten. (uk)

Nordstadtkonzept mit linker Hilfe aufgewertet

Trotz Ablehnung durch die SPD wurde ein neues Konzept für die Dortmunder Nordstadt im Rat der Stadt beschlossen.

Ralf Hüls / Wikipedia



Beispielgebend - Die Grundschule „Kleine Kielstrasse“

Die Vorgeschichte

Das Konzept der Verwaltung für die Nordstadt wirkte schon ein wenig hilflos. Ähnlich hilflos waren die anfänglichen Beratungen der Politik. Das Konzept wurde in den Fachausschüssen gar nicht erst beraten, sondern direkt in den Rat verwiesen. Im Rat wiederum eher ratlose Gesichter. Die Konsequenz: Eine erneute Runde durch die Fachausschüsse. Doch da lagen nun Anträge zur Nordstadt vor - von den Grünen, den LINKEN und sogar ein Antrag der CDU. Oberbürgermeister Ulrich Sierau (SPD) waren Änderungswünsche aber gar nicht geheuer und er bat die Ratsmitglieder, über die Anträge nicht abzustimmen. Das wiederum war aber dem Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien (AUSWI) nicht geheuer und er stimmte über die Anträge ab.

Das Ergebnis

Die Anträge der Grünen, das vorgelegte Konzept als Bestandsaufnahme zu werten, die Bestandsaufnahme zu vervollständigen und einige kleinere Verbesserungen vorzunehmen, wurden mit der Mehrheit von Grünen, CDU und LINKEN angenommen. Die wichtigsten Anträge der LINKEN wurden mit einer Nordstadtmehrheit aus SPD und LINKEN angenommen, was

freilich nur durch die Enthaltung der Grünen möglich war. Damit hat der Ausschuss die Anträge der LINKEN empfohlen, erstens die bereits 2008 beschlossenen fünf neuen Kitas sofort zu bauen, zweitens in Zusammenarbeit mit der ARGE alle Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten in der Nordstadt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln und drittens die Betreuungsqualität in den Nordstadtschulen auf den Standard der Grundschule „Kleine Kielstrasse“ anzuheben, die vom Bundespräsidenten als beste Schule Deutschlands ausgezeichnet worden war. Und auch der CDU-Antrag, künftig die Kioskbesitzer zur Straßenreinigung heranzu-

ziehen, fand eine Mehrheit. Für das Gesamtkonzept war die Empfehlung dann einstimmig.

Die SPD schießt quer

In den wichtigsten weiteren Fachausschüssen wurde die Beschlussempfehlung übernommen. Im Rat meldete sich dann Ratsmitglied Taranzewski (SPD) zu Wort und trug die überraschende Ablehnung der SPD zum neuen Nordstadtkonzept vor. Die SPD blieb aber die einzige Fraktion mit plötzlich einsetzendem Sinneswandel. Es gibt also ein neues Konzept für die Nordstadt. (uk)

Der Ratsausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien (AUSWI):

Der Stadtrat wählt die Mitglieder der Ratsausschüsse. Die Ausschüsse unterstützen den Rat bei seiner Arbeit.

Der AUSWI ist zuständig für alle städtischen Aufgaben nach dem Baugesetzbuch. Er gehört zu den Ausschüssen, in denen sachkundige Bürger beratende Funktion haben.

Ratsmitglieder DIE LINKE im Ausschuss:
Utz Kowalewski, Wolf Stammnitz

Sachkundige Bürger für DIE LINKE:
Prof. Wolfgang Richter, Hannes Fischer

Fragen, Hinweise und Anregungen bitte an:
Fraktion DIE LINKE. im Rat Dortmund
Friedensplatz 1
44135 Dortmund
Telefon: 0231-5 02 72 40
Email: fraktion@dielinke-dortmund.de
Web: www.dielinke-dortmund.de/fraktion

DIE LINKE unterstützt die Kritik des Brackeler Bezirksbürgermeisters (SPD) an seiner Fraktion

Der Wickeder Ratsvertreter Utz Kowalewski (DIE LINKE) unterstützt die Kritik von Brackels Bezirksbürgermeister Karl-Heinz Czierpka (SPD) an der Ratsfraktion seiner Partei. „Wenn eine Bezirksvertretung mit großer Mehrheit entscheidet, dann sollte im Regelfall dieses Votum im Stadtrat auch berücksichtigt werden“, meint Kowalewski. Schließlich wisse man vor Ort meist besser, was die Menschen bewegt als die Ratsvertreter aus ganz anderen Teilen von Dortmund.

In allen von Czierpka angeführten Fällen, vom Flughafenausbau, von der Ausweisung von Gewerbegebieten im Masterplan Wirtschaftsflächen, vom Howart und von der Bebauung an der Rennbahn sei die Bezirksvertretung Brackel von der SPD-Ratsfraktion tatsächlich im Stich gelassen worden. „Das konnte ich auch im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien (AUSWI) nur mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen. Lediglich Linke und Grüne haben hier im Sinne des Stadtbezirksvotums abgestimmt,“ ergänzt Kowalewski. Daraus ziehe nicht nur Karl-Heinz Czierpka seine Konsequenzen, sondern auch für die Linke erwachse aus dieser Entfremdung der SPD-Ratsfraktion zu ihrer lokalen Basis die Verantwortung den Brackeler Bürgerwillen im Rat und in den Ausschüssen noch deutlicher als bisher zu artikulieren. „Dem wollen wir uns gerne stellen,“ so Kowalewski. (uk)

Privatisierung von Wohneigentum - ein Faktencheck:

Nachdem das Land NRW seine LEG mit 93.000 Wohnungen im Jahr 2008 an einen amerikanischen Immobilienfonds verkauft hat, wurden 2009 die Mittel für Instandhaltungen um 20% gekürzt, Sanierungsprojekte gestoppt und drastische Mieterhöhungen bis zu 20% durchgeführt.

Vor 1989 waren von 220 Tsd. Wohnungen in Dortmund 140 Tsd. Wohnungen sozial geschützt, wovon wiederum mehr als 50% gemeinnützige Werkwohnungen mit Mietpreisbindung waren. Der Wohnungsmarktbericht 2010 der Stadt Dortmund weist aus, dass von insgesamt 240 Tsd. Wohnungen mittlerweile rund 45 Tsd. im Eigentum von Private-Equity-Fonds stehen. Davon sind ca. 8 Tsd. Wohnungen in der Hand von finanziell notleidenden Unternehmen. In die Bestände wird kaum investiert und selbst Instandsetzungsmaßnahmen finden nicht oder nur nach Androhung rechtlicher Sanktionen statt. Ansprechpartner für die betroffenen Mieter sind nicht vorhanden oder wechseln ständig. Viele Mieter ziehen weg, so dass Leerstände bis zu 50%, wie z.B. bei der Terra Heimbau in Huckarde, keine Seltenheit mehr sind - im Gegensatz zu kommunalen Wohnungsunternehmen, die fast die Vollvermietung erreichen.

Impressum

KNALLROT

DIE LINKE. im Rat Dortmund,
Friedensplatz 1,
44135 Dortmund

Auflage

20.000 Exemplare

V.i.S.d.P.

Utz Kowalewski
Friedensplatz 1,
44135 Dortmund,
Tel. 0231 - 5 02 72 40

Linke Wohnungspolitik gegen Privatisierung

DIE LINKE setzt auf gezielte Rekommunalisierung von Wohnungsbeständen als Gegenentwurf zu „Privat vor Staat“.



So nicht! - Folgen von privater Wohnungsspekulation am Beispiel des „Horrorhauses“ in der Kielstraße, welches 2002 zugemauert wurde.

Leerstände, fehlende Investitionen und ein Rückgang des Sozialwohnungsbestandes machen immer mehr Probleme auf dem Dortmunder Wohnungsmarkt. Insbesondere für Familien mit Kindern und für Hartz IV-Empfänger wird bereits ein Mangel an geeignetem Wohnraum erwartet.

Das Wohnungsamt reagiert mit kleinräumigen Quartiersanalysen, die der Politik ein gezieltes Eingreifen ermöglichen sollen. Für Westerfilde und Lanstrop wurde vom Rat ein Vorkaufsrecht eingeführt. Gerade in Westerfilde ist die Leerstandquote besonders hoch. Man gewinnt den Eindruck, dass derzeit ganze Stadtteile in einen Strudel der Abwirtschaftung der Wohnungsbestände geraten. Hier rächt sich der Privatisierungswahn der vergangenen Jahre. Längst sind auch Wickede, Huckarde, Hörde (Clarenberg), Dorstfeld, Scharnhorst oder die Nordstadt betroffen. Für die LEG-Siedlung in Wickede hatte die Ratsfraktion der LINKEN ebenfalls die Einführung des Vorkaufsrechtes beantragt und damit die Quartiersanalyse durchgesetzt, die als Grundlage für eine solche Satzung gilt. Für die Erpinghofsiedlung in Huckarde konnte DIE LINKE einen Auftrag zur Erstellung einer Vorkaufsrechtssatzung an

das Wohnungsamt erfolgreich im Ausschuss verabschieden. Doch ohne Kapitalausstattung für Wohnungsan-

Landesregierung begangene „Privat vor Staat“ - Desaster für Dortmund abmildern kann.



Auch so kann man wohnen: Im Dortmunder Kreuzviertel.

käufe wird auch das Vorkaufsrecht ein zahnloser Tiger bleiben. Es ist daher gut, wenn die von der LINKEN im Amt gehaltene rot-grüne Landesregierung Gelder für den Rückkauf privatisierter Wohnungsbestände bereitstellen will. DIE LINKE im Landtag wird diese Initiative unterstützen, damit NRW das von der ehemaligen schwarz-gelben

Dortmund hat mit der Übertragung der DOGEPLAN von der DOGEWO auf die Stadt Dortmund auch mit den Stimmen der LINKEN die strukturellen Voraussetzungen geschaffen, privatisierte Wohnungsbestände wieder in die öffentliche Hand überführen zu können

DIE LINKE im Landtag - Eine erste Bilanz

Seit rund sechs Monaten ist DIE LINKE im Landtag NRW. Zeit einen ersten Rückblick zu wagen.

Die ersten Anträge

Die knappen Mehrheitsverhältnisse haben uns keine Zeit gelassen, uns langsam einzuarbeiten. Bereits vor der Konstituierung des Landtags im Juli 2010 hat die Fraktion mehrere Gesetzentwürfe eingebracht. Die Themen unserer ersten Anträge und Gesetzentwürfe waren die Abschaffung der Studiengebühren, eine Reform der Schulen und der Stopp der Abschiebung von Flüchtlingen in das Kosovo.

Erfolge

Neben der zu erwartenden Ablehnung unserer Anträge durch die anderen Fraktionen aus CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gab es jedoch auch erste Erfolge: Mehr Betriebsprüfer werden in den Finanzämtern eingestellt, die Residenzpflicht wird abgeschafft, es gibt eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung der Gewerbesteuer zu Gemeindefortschrittssteuer. Auch bei der Abschaffung der Studiengebühren und bei der Ablehnung von Atomtransporten haben wir SPD und Grüne vor uns hergetrieben.

Fazit

Erste Bilanz: wir konnten ausreichend Druck entwickeln, so dass Sozialdemokraten und Grüne nicht ganz so neo-

liberal agieren konnten, wie man es sonst von ihnen gewohnt ist.

Wie geht es weiter?

Nachdem wir durch unsere Enthaltung zum Nachtragshaushalt der Landesregierung ein weiteres halbes Jahr im Amt verschafft haben, steht jetzt bereits der nächste reguläre Haus-

halt 2011 an. Beim Nachtragshaushalt konnte man sich enthalten, da er lediglich ein Nachtrag zum laufenden Haushalt war und wenige Korrekturen beinhaltete. Doch wir sind gespannt, ob SPD und Grüne weiterhin von Sozialkürzungen Abstand nehmen, oder ob sie beim Haushalt 2011 die Sparkeule rausholen. Klar ist für uns, dass mit uns kein Sozial- und Personalabbau und Privatisierungen zu machen ist, auch die Fortschreibung laufender Kürzungen sind für uns kritisch zu betrachten und eine Abwälzung der Sparzwänge von der Landes- auf die Kommunale Ebene durch unzureichende Zuweisungen ist für uns ebenfalls nicht hinnehmbar. Wir kämpfen im Parlament und auf der Straße, um die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu verbessern.

Druck machen

Allerdings können wir nur so viel durchsetzen, wie wir Unterstützung von der Bewegung, von der Straße, von der Partei bekommen. Für die Landtagsfraktion gilt: Wir sind der verlängerte Arm der Bewegung im Parlament. Wir sind an die Beschlüsse der Partei gebunden. Und wenn es keinen Druck von unten gibt, dann haben wir auch wenige Chancen etwas im Parlament durchzusetzen (öad)



DIE LINKE. NRW

Özlem Alev Demirel

ist Mitglied des Landtages (MdL) in NRW und kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE

LINKE. im Landtag.

Özlem kam 1989 nach Deutschland und engagierte sich schon als Schülerin politisch in der BezirksschülerInnenvertretung in Köln und der LandesschülerInnenvertretung NRW.

Im Jahr 2004 begann sie nicht nur ein geisteswissenschaftliches Hochschulstudium, sondern war auch bis 2010 für die Linksfraktion Stadtratsmitglied in Köln sowie im Integrationsrat der Stadt.

Pfefferspray: „Nur gegen Hunde und Demonstranten“?

DIE LINKE
Ulla Jelpke (MdB)

Auf Pfefferspray-Sprühdosen, die es im Waffenladen gibt, steht ausdrücklich drauf: Nur zur Abwehr von Tieren. Ausnahmen gibt es nur für die Polizei. Und die beschränkt sich längst nicht darauf, gefährliche Vier- oder auch Zweibeiner in Schach zu halten. Dabei ist Pfefferspray alles andere als harmlos. Untersuchungen in den USA – durchgeführt von unabhängigen Instituten, aber auch der Regierung – haben gezeigt: Wer krank ist (Atemwege, Herz), Psychopharmaka nehmen muss oder Drogen geschluckt hat, für den ist Pfefferspray hochgefährlich. Auch Todesfälle sind dokumentiert. Im Frühjahr 2010 starb in Dortmund ein Mann nach Pfefferspray-Kontakt.

Da ist es verantwortungslos, Pfefferspray wild in Menschenmengen hinein zu sprühen. Doch leider ist genau das üblich geworden, etwa bei Demos wie gegen „Stuttgart 21“ oder bei den Protesten gegen den Castor-Transport. Auf Anfrage hat mir die Bundesregierung mitgeteilt, dass alleine die Bundespolizei beim Castor 2190 Reizmittel-Sprüngeräte leerschossen hat. Ich meine: Demonstrieren darf nicht lebensgefährlich werden. DIE LINKE im Bundestag formuliert jetzt einen Antrag, diesen Missbrauch von Pfefferspray zu verbieten. (uj)



Die neu gewählten Abgeordneten von DIE LINKE. NRW mit den gelben T-Shirts des Bildungsstreiks am 09.06.2010.

**Arbeit & Soziales -
das kommt 2011****Arbeitslosenversicherung**

Erhöhung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 auf 3 Prozent.

Rentenversicherung

Wer Hartz-IV erhält, bekommt nicht mehr die Beiträge zur Rentenversicherung bezahlt.

Zuschlag zu Beginn von Hartz-IV

Wer vom Arbeitslosengeld-I in Hartz-IV rutscht, bekommt keinen Ausgleich (ehemals bis zu 160 Euro/Monat im 1. Jahr) mehr.

Heizkostenzuschuß

Der Zuschuss für Wohngeldempfänger (ehemals bis zu 49 Euro/Monat) fällt weg.

Elterngeld

Das Elterngeld (max. 300 Euro/Monat) wird künftig auf Hartz-IV und Sozialhilfe angerechnet und fällt in den meisten Fällen weg.

Hartz-IV-Regelsatz bei Erwachsenen

Geplant war eine Anhebung um 5 Euro auf 364 Euro, die aber nicht vom Bundesrat gebilligt wurde.

Hartz-IV-Regelsatz bei Kindern

Die Regelsätze für Kinder bleiben voraussichtlich gleich (max. 287 Euro).

Bildung

Kinder von Hartz-IV Empfängern und Geringverdienern erhalten künftig Leistungen aus dem sog. Bildungspaket (u.a. Schul- u. Kitaausflüge, Nachhilfe, Vereinsbeiträge). Sie können beim Fallmanager im Arbeitsamt beantragt werden.

Unterkunftskosten

Die Kommunen sollen diese künftig pauschal, anstatt im Einzelfall, festlegen können.

Widerstand – Hand in Hand**92 Stunden Castorprotest im Wendland 2010**

Elf Behälter mit radiokativem Material verlassen am 5. November La Hague. Quer durch Frankreich rollt das gefährliche Material. Wieder rollt ein Castor – wider alle Vernunft und gegen den Protest zehntausender Menschen. Sein Ziel ist Gorleben im Wendland. Dort sollen die Castoren ins Zwischenlager. Ein Endlager gibt es bis heute nicht. Es ist auch keines in Sicht. Die Behälter werden hunderttausende von Jahren strahlen. Länger als jede menschliche Erinnerung. Jedes Atomfass ist ein Fass ohne Boden – eine Gefahr für Generationen von Menschen.

DIE LINKE. NRW hat sich solidarisch erklärt mit den Protesten gegen den Castor. Wir haben unterschrieben, als der Aufruf kam: „Atomausstieg bleibt Handarbeit! Atomkraft stoppen!“ Wir wollen mithelfen, den Protest groß zu machen und den Regierenden klar zu machen: Wir kämpfen gegen eure Politik der Unvernunft. Morgens um fünf machen wir uns auf den Weg nach Gorleben. Es ist still im Bus der LINKEN. Noch sind wir müde und wir wissen nicht, was uns erwartet. Schon im Vorfeld lief die altbekannte Kriminalisierungswelle gegen linke Aktivistinnen und Aktivisten. Gerüchte überschwemmten die Medien: Menschenleben würden gefährdet, „Linksextremisten“ wären am Werk. Die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungsverfahren ein. Wahr ist: „Geschottert“ wurde nur dort, wo der Castor Schrittgeschwindigkeit fuhr. Ein Reparaturwagen fuhr voraus, der die Strecke prüfte. Personenverkehr



Trotz schlechtem Wetter - Widerstand leisten.

musste dem Castor weichen. Für Menschen war der Transportweg gesperrt. Rund 150 Meter Schiene konnten vom Schotter befreit werden. Auf mehreren Kilometern blockierten Tausende von Großeltern, Müttern, Vätern, Kindern, Jugendlichen, mutige Frauen und

Männern die Schienen mit einer Sitzblockade. Die Kälte stoppte ihren Zorn nicht. Eine ganze Region stellte sich quer: in Fenstern und Vorgärten, auf



Die Bewegung ist groß und bunt.

Lichtungen, Bäumen und auf Äckern hingen Protestplakate. In vielen Haushalten wurde Suppe für die Demonstrantinnen und Demonstranten gekocht, um der Kälte und Nässe zu trotzen. Eine unglaubliche Solidarität bestimmte für Tage die Stimmung im Wendland.

Die Landessprecherin der LINKEN. NRW, Katharina Schwabedissen war als Sanitäterin in einem der Camps. „Wir haben die versorgt, die es von den Schienen zurück geschafft haben. Ein junges Mädchen mussten wir mit dem Notarzt sofort ins Krankenhaus schicken. Sie hatte eine schwere Kopfverletzung. Vielen wurden die Knochen mit Schlagstöcken gebrochen. Eine junge Frau wollte Hilfe für ihre Freundin holen und bekam dabei einen Schlag auf den Kopf – von einem berittenen Polizisten. Und die Augenzeugen, die an den Schienen waren, erzählten grauenhafte Szenen über Ausschreitungen der Polizei.“ Es gab mehr als 900 Verletzte, darunter etliche Augenverletzungen, verursacht durch den Einsatz von aggressivem Reizgas. Es gab Knochenbrüche, Platzwunden und schwere Gehirnerschütterungen. Eine Demonstrantin stürzte bei einem Angriff der Polizei und wurde von der Reiterstaffel niedergetrampelt. Sie musste mit dem Rettungshubschrauber ins Krankenhaus geflogen werden. „Die Demonstrierenden haben unglaublich aufeinander geachtet und sich gegenseitig geholfen.“

Gegen das unverhältnismäßige Vorgehen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wurde von Seiten der Staatsanwaltschaft kein Ermitt-

lungsverfahren angestrebt – hierfür brauchte es erst eine Anzeige eines Aktivisten. Neben dem fragwürdigen Einsatz von Pfefferspray und Knüppel,

ist auch der Einsatz von ausländischen Polizeieinheiten und deutschen Bundeswehrkräften bisher nicht von der Staatsanwaltschaft weiter verfolgt worden. Bereits zugegeben hat die Polizei die Verwendung unbemannter Drohnen zur Überwachung des Geländes. Diese Technik wird bisher nur bei Militäreinsätzen verwendet. Der Einsatz von Militär nach Innen ist in Deutschland verboten.

„Die Polizei hat es trotz massiver Repressionen vor und während der Anti-Castor-Proteste nicht geschafft hat, den Widerstand in „gute“ und „böse“ Demonstrantinnen und Demonstranten zu spalten. Auf der Blockade des X-tausend mal quer Bündnisses war regelmäßig der Sprechchor zu hören: „Schottern, blockieren - Hand in Hand! Einig ist der Widerstand!“ Der junge Aktivist aus NRW strahlt bei der Erinnerung an den Zusammenhalt der vielen unterschiedlichen Menschen aus allen Schichten, Generationen und Regionen. Nach 92 Stunden hatte die Staatsgewalt den Weg für den Castor freigeräumt. Noch nie hat ein Castor so lange gebraucht.

„Für mich war es ein absolut beeindruckendes Wochenende, das mir gezeigt hat, wie eine 30jährige Bewegung eine Region verändern kann. Das hat mir unglaublich viel Kraft und Hoffnung gegeben“ so ein Anti-Castor-Aktivist aus NRW. „Ich werde mit Sicherheit wiederkommen und beim nächsten Transport, werden wir mit noch mehr Menschen den Castor nach Hause schicken! Friedlich, aber konsequent!“